

Bezugsgebühr...
Jahrespreis 3.00 M.
Einzelhefte 10 Pf.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Eiepsch & Reichardt in Dresden.

Für Feinschmecker
Dreiring- Fondant-Chocolade
Rahm-Chocolade per Tafel 50 Pf.
Bitter-Chocolade
Cacao per 1/2 Kg. Dose 2.40 M.
Dessert per Carton 2.3 u. 5 M.
LOBECK & Co

Anzeigen-Zarif
Erste Spalte 10 Pf.
Zweite Spalte 8 Pf.
Dritte Spalte 6 Pf.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 34/40.

Ullrichs Pianinos

sind vorzüglich, dabei sehr preiswürdig.
1 Pirnaische Straße 1 (am Pirnaischen Platz).

Elektr. Licht | Neuarbeiten und
Elektr. Klingeln | Reparaturen
Haustelesphone | prompt!
Ebeling & Croener, Bankstrasse 11
Kronleuchterfabrik.

Glaswaren

jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfohlen in reichhaltiger Auswahl.
Wilh. Rühl & Sohn, inb. Richard Rühl, Königl. Nisch. Hoflieferant.
Neumarkt 11. Fernsprecher 4277. Waisenhausstr. 18

Tuchwaren.

Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise.
C. H. Hesse Nchf., Marienstr. 20, 3 Raben.

Für eilige Leser.

Kutmaßliche Bitterung: Etwas lässler, veränderlich.
Der König hat für die Dauer seiner Auslandsreise den Prinzen Johann Georg zum Stellvertreter ernannt.
Der Verband mittlerer Reichs-Post- und Telegraphen-Beamten tagt vom 9. bis 12. Juni in Dresden.
Ein Sechstage-Radrennen in Dresden ist für Anfang März geplant.
Das Deutsche Wintersportfest in Oberwiesenthal nahm gestern seinen Anfang.
Der Reichstag verwies den elfass-lothringischen Verfassungsentwurf an eine Ver-Kommission.
Die Reichstagswahl im Wahlkreis Sieben-Grünberg-Nidda findet am 10. März statt.

Der Fehdehandschub des Vatikans.

Rom will den Kampf. Diesmal hat kein Geringerer als der Papst selber der preussischen Staatsregierung den Fehdehandschub hingeworfen, denn nicht anders ist das Schreiben Pius' X. an den Kardinal Fischer von Köln aufzufassen. Der preussische Kultusminister war im Irrtum, als er noch vor wenigen Tagen erklärte, er sehe in der Tatsache, daß die katholischen Theologieprofessoren den Antimodernismus nicht zu schmähen hätten, den Beweis dafür, daß der Vatikan im Frieden mit dem Staate leben wolle. Mit rückwärtsgerichtetem Blick hat der Vatikan diese optimistische Auffassung zertrümmert, denn das päpstliche Schreiben atmet Kampfesstimmung.
Es sei gleich von vornherein betont, daß leitende kirchliche Kreise des katholischen Deutschlands nicht unversucht geblieben haben, den Vatikan zu einer entgegenkommenden Haltung gegenüber dem preussischen Staat zu bewegen. Die Bemühungen des Kardinals Fischer schienen auch von Erfolg gekrönt zu sein, denn die Kurie erklärte sich zunächst damit einverstanden, daß die preussischen Theologieprofessoren von der Leistung des Eides befreit würden. Auf diese Erklärung berief sich Herr von Trouz zu Solz, als er den Antimodernismus an sich für eine innere Angelegenheit der katholischen Kirche erklärte, im übrigen aber den festen Willen der preussischen Regierung kundgab, alle in staatlichen Stellen befindlichen Geistlichen, wie die als Religionslehrer an staatlichen Anstalten wirkenden geistlichen Oberlehrer, und die Universitätsprofessoren der katholischen Fakultäten zu schützen, falls ihnen durch Verweigerung des Antimodernismuseides kirchliche Makregehung drohe. Der Kultusminister hatte damit einen Standpunkt eingenommen, der von allen besonnenen Evangelischen geteilt wurde. Es hat noch stets dem Staate geschadet, wenn er den radikalen Forderungen protestantischer Heißsporne gefolgt ist und in seinen Maßnahmen gegen die römisch-katholische Kirche weiter gegangen ist, als unbedingt notwendig war. Die jesuitischen Drahtzieher der römischen Kirche haben daraus stets eine „Verfolgung“ gemacht und mit dem Schlagstrich, die Kirche ist in Gefahr, das katholische Volk Deutschlands in fanatische Kampfesstimmung versetzt. Die preussischen Staatsmänner handelten weise, als sie diesmal strenge Zurückhaltung beobachteten. Wenn sie jetzt mit der ganzen Autorität des Staates der römischen Herausforderung entgegenzutreten, so werden selbst die besonnenen katholischen Kreise Deutschlands zugeben müssen, daß der Staat zum Kampfe gezwungen ist.
Das Schreiben Pius' X. bedeutet eine ostentative Verhöhnung der staatlichen Autorität. Aus Gründen der Berechnung war den Vätern das Recht erteilt worden, widerpenfliche Priester einfach abzuleben, wenn sie sich weigern sollten, den Antimodernismus zu leisten. Dieses Recht solidiert allerdings mit der Hoheit des Staates, denn dadurch wird ein Teil deutscher Staatsbürger einfach rechtlos gemacht. Pius X. meint nun in seinem Schreiben, gewiß solle der Bischof vorfichtig vorgehen, aber er wolle nicht, daß das Streben nach Vorficht in Kleinmütigkeit ausarte und der Bischof aus unberschligter Furcht vor äußeren Schwierigkeiten sich vor den Schritten scheue, die er als durchaus nötig fürs Seelenheil erkennt. Denn in der Pflichterfüllung, namentlich soweit sie Recht dem Ruhme Gottes dient, ist der Kampf nicht zu

ischen, sondern im Gegenteil mutig aufzunehmen. Darin liegt eine unverhohlene Aufforderung an die Bischöfe zum Kampfe gegen den Staat. Pius X. scheint keine Ahnung zu haben, daß die christliche Religion auch den Gehorsam gegen die staatliche Obrigkeit verlangt.
Pius X. kommt darauf auf die Befreiung der Theologieprofessoren von der Leistung des Eides zu sprechen, und fährt dann fort:
„Gingegen lag und liegt es durchaus nicht in unserer Absicht, diejenigen von der allgemeinen Eidesverpflichtung auszunehmen, die als staatliche Lehrer zugleich ein Priesteramt als Prediger oder Richter versehen, eine geistliche Pfründe innehaben oder irgendwelches kirchliches oder geistliches Richteramt bekleiden. Auch jene aber, die als staatliche Lehrer sich des Eides enthalten dürfen, werden vielleicht, falls sie vorziehen, von dieser Ermächtigung Gebrauch zu machen, noch keinen Verdacht gegen die Reinheit ihrer Lehrmeinungen erwecken, aber sicherlich eine störende Unterordnung unter die Meinungen der Menschen befürchten, indem sie feige der Autorität derjenigen sich beugen, die nicht aus aufrichtiger Ueberzeugung, sondern aus Furcht gegen das katholische Bekenntnis mit lauten Schreien verkünden, durch solchen Glaubenseid werde die Würde der menschlichen Vernunft vergewaltigt und der Fortschritt der Wissenschaft gehemmt. Daher empfiehlt sich nicht, die Erlassung von diesem Eide aus anderer als der angegebenen Ursache zu gewähren. Uebrigens hegen wir die Ueberzeugung, daß gerade diejenigen, denen wir den Eid erlassen, behufs Bekundung ihres männlichen Charakters, ihn vor allen anderen leisten und nötigenfalls dafür Schimpf erdulden werden; denn sie würden sich gewiß als des christlichen Lehramts unwürdig vorfinden, wenn sie sich schämten, zu Dienern unres Herrn Christi zu gehören!“
Es ist schlecht zu verstehen, was den Papst zu einer derartigen Sprache veranlassen konnte. Zu denen, die der Wissenschaftlichen Fortschritt bedeute, gehört auch der preussische Kultusminister. Er wird auf die päpstliche Charakterisierung wohl die rechte Antwort finden. Ganz ungläublich aber ist die Behauptung, die Gegner des Antimodernismus handelten nicht aus ehrlicher Ueberzeugung, sondern aus Furcht gegen das katholische Bekenntnis. Das sagt Pius X. den treu katholischen Theologieprofessoren, die in schmerzlichen Gewissensängsten die Fehde des Eides für unmöglich erklärten, die aufstimmten, als die Bemühungen des Kölner Kardinals sie von einer unerträglichen Last zu befreien schienen. Diese Hoffnungen sind dahin, das Schreiben des Papstes zeigt ihnen, was ihnen bevorsteht, wenn sie den Eid nicht leisten würden. Sie würden als „unwürdig“ befunden, ein christliches Lehramt zu bekleiden. Und wenn sie sich dennoch weigern, dann wird der Machtpruch der Bischöfe ihre Kollegen verdrängen lassen, und die katholischen Studenten werden nur die Vorlesungen der Dozenten besuchen dürfen, die den Eid geleistet haben. Das bedeutet das Ende der katholischen Theologiefakultäten. Hier kann der preussische Staat nicht ruhig zusehen, hier wird und muß er eingreifen, denn die Durchführung der in dem Schreiben empfohlenen Maßnahmen würde eine grobe Verletzung der Staatsautorität bedeuten, und der preussische Kultusminister hat keinen Zweifel daran gefaßt, daß der Staat seine Rechte zu wahren wissen wird.
Von der größten Bedeutung ist für die Beurteilung dieser Frage die entschiedene Stellungnahme der „Augsburger Zeitung“. Das führende Blatt der preussischen Konservativen erklärt, daß es nicht zweifelhaft sei, daß die Kurie einen Konflikt mit der preussischen Staatsverwaltung herbeiführen wolle. Die Antwort des Staates werde nicht ausbleiben. Dem Staate sind seine Entschlüsse durch das Gesetz vorgeschrieben, und er wird sie durchführen müssen, auch wenn dem religiösen Leben in Deutschland damit unberechenbarer Schaden zugefügt wird. Diese Auffassung wird wohl in ganz Deutschland geteilt werden. Die Konservativen haben mit der Regierung gehofft, daß ein Konflikt mit der Kurie vermieden werden könne. Sie haben in besonnener Haltung die Entwicklung der Dinge abgewartet, sie werden der Regierung das Rückgrat festhalten in dem nun wohl kaum vermeidlichen Kampfe. Sie können das tun mit dem ruhigen Bewußtsein, den Frieden gewollt zu haben. Erh kürzlich hat ein konservativer Abgeordneter unter dem Beifall seiner Partei er-

klärt: „Wir wollen keinen Kulturkampf, wir wollen den Frieden.“ Nun, Rom will den Frieden nicht, es hat dem Staate den Fehdehandschub hingeworfen, der Staat wird ihn aufnehmen, geküßt von dem einmütigen Willen des protestantischen Volkes. Mit schwerer Sorge wird man den kommenden Ereignissen entgegenzusehen müssen; die Aussichten für das Jahr 1911 sind sehr trübe geworden. Wenn sich das Zentrum auf seine Eigenhaft als deutsche Partei besinnen würde, wenn es diesmal nicht kritiklos den Herrschaftsgelüsten Roms Vorspann leisten würde, dann könnte man zuverlässiger in die Zukunft blicken. Aber es sieht zu erwarten, daß auch diesmal das Zentrum, obwohl ihm der Angriff Roms sicherlich sehr unerwünscht kommt, sich löblich unterwerfen wird.

Neueste Drahtmeldungen

vom 28. Januar.
Deutscher Reichstag.
(Fortsetzung aus dem Abendblatte.)
Berlin. (Priv.-Tel.) Bei der Fortsetzung der ersten Lesung der elfass-lothringischen Verfassungsvorlage erhielt nach dem Reichstanzler das Wort Abg. Freick (Demokrat. Elsäßer): Unsere Forderung der Autonomie scheint unangenehm zu sein, weil man uns nicht als Mitglied, sondern als Werkzeug für gewisse Bestrebungen betrachtet. Es ist der circulus vitiosus: man will uns erst als vollberechtigt anerkennen, wenn wir unsere deutsche Gesinnung an den Tag legen, tut aber alles, um das Aufkommen des Autonomiegedankens geradezu zu verhindern. Was hat Frankreich Savoyen und Nizza gegeben, was England Transvaal, und was Deutschland uns Elsaß-Lothringen? Keine Worte. Nicht Kanonen sichern, sondern größere Rechte. Würde Bayern ein solches Peer preussischer Beamter so ruhig und beiseite ertragen? Die Vorgänge in Belgien können die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes nicht begründen. Hat nicht auch Berlin sein Recht? Herr v. Köller hat es verstanden, die größten Pötköpfe zu erziehen; unter der Regierung des einheimischen Staatssekretärs Jern v. Bülow tragen diese Elemente das Haupt wieder bedenklich hoch. Die Vorlage ist ein Verlegenheitsprodukt. Niemand im Elsaß will von einer Monarchie was wissen, das Land ist freudig demokratisch. Wenigstens soll man uns den lebenslänglichen Statthalter geben, um die Landesverwaltung von Berlin unabhängig zu machen. Eine Verfassung, die jederzeit von oben her wieder aufgehoben werden kann, ist überhaupt keine Verfassung. Wir fordern ein allgemeines und gleiches Wahlrecht. Absolut unannehmbar ist das Ernennungsrecht zur Ersten Kammer. Machen Sie dem unwürdigen Provisorium ein Ende. — Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirtsch. Part.): Diese Rede beweist, daß der Zeitpunkt noch nicht gekommen ist, Elsaß-Lothringen eine eigene Verfassung zu geben. Die Mehrheit der Bevölkerung ist noch nicht reif, noch nicht würdig dafür. (Widerpruch der Elsäßer.) Der Vorredner erklärte die Erste Kammer für unannehmbar, der Reichstanzler die Vorlage ohne die Erste Kammer; der Schluss liegt nahe. Auch heute noch droht vom Westen die Gefahr. Der Revolutionsgedanke lodert noch unter der Asche, auch bei Herrn Jaurès. (Lachen der Sozialdemokraten.) Der Deutsche lebt im Reichslande wie im Feindesland. (Lachen und Widerbruch.) Die Soldaten werden bei jeder Gelegenheit überfordert. (Wütiger Widerspruch der Elsäßer. Ruf: Zur Ordnung!) Ist gegen den Polizeipräsidenten von Mühlhausen eingeschritten worden, der revolutionäre Umzüge geschattet? Wir lehnen die Vorlage ab. Wir halten die geplante Verfassungsänderung für eine Gefahr für die Sicherheit des Reiches. Das beste wäre die Zurückziehung der Vorlage. Der nächste Krieg werde durch die elfass-lothringische Verfassung unter Umständen in größere Nähe gerückt. (Uhr-Ruf.) Das sage ich, obwohl ein Appell an die Durchföhren Widerhall im Deutschen Herzen findet. (Redebour: Sie Angewieser.) Das ist eine Kühnheit von Ihrer Seite. Dieses erneute Entgegenkommen gegen Elsaß-Lothringen muß direkt anreizend auf Frankreich wirken. Am besten wäre es gewesen, man hätte seinerzeit das Reichsland in Preußen einverleibt. Wenn die Elsaß-Lothringer nicht erreichen, was sie wünschen, dann sind sie selbst daran schuld.
Staatssekretär Dr. Delbrück:
Der Abgeordnete Freick hat mit seiner Rede die Sympathien für seine weitergehenden Forderungen sicher nicht gekürzt. Er hat offenbar einen Mißgriff getan. Das beweist schon der letzte Redner. Teseu Vorwurf, daß unsere Truppen im Reichsland schlecht und unfreundlich behandelt würden, ist in dieser Allgemeinheit nicht richtig. Nach Schluss der Redungen hat der kommandierende General sogar der Bevölkerung Dank ausgesprochen müssen für die freundliche und gute Behandlung, deren die Mannschaften sich zu erfreuen hatten. (Hört, hört!) Die Verfügung des Polizeipräsidenten von Mühlhausen war zweifellos ein Mißgriff, der vom Statthalter auch mit aller Entschiedenheit gerügt worden ist. Die Ausführungen des Abgeordneten Freick entsprechen nicht der Ansicht der Mehrheit der elfass-lothringischen Bevölkerung. Es ist ganz unberechtigt, wenn er behauptet, wir behandelten die Elsaß-Loth-